

## Zur Lohnrunde 2013 (Teil 3)

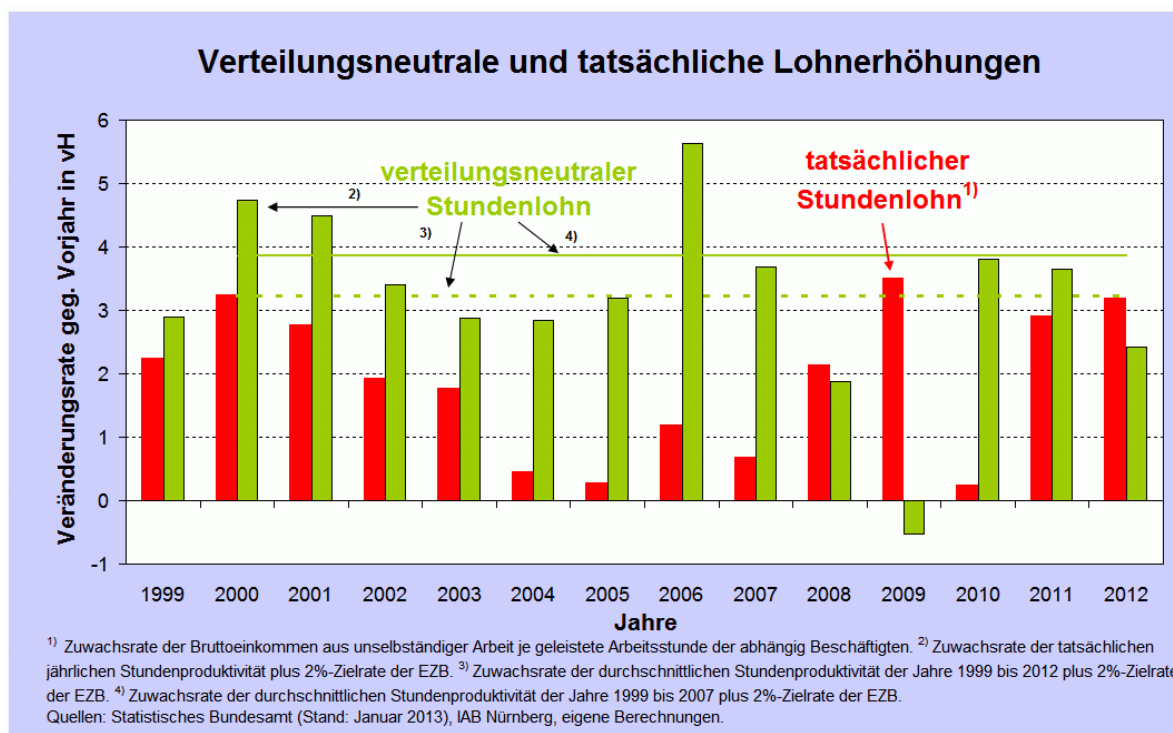
Von Friederike Spiecker | 22.03.2013

### Kooperation oder Konflikt?

Fortsetzung des Beitrags "[Der außenwirtschaftliche Aspekt von Lohnverhandlungen](#)" vom 20.3.2013

Wie sieht eine Lohnpolitik aus, die den wohl verstandenen Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitslosen hierzulande gerecht wird? Wie kann sie konsistent begründet werden, damit eine große Mehrheit der Arbeitnehmer sie durchzusetzen bereit ist?

Wir wollen die Ausgangslage anhand einer Grafik veranschaulichen, die die tatsächliche Entwicklung der nominalen Stundenlöhne (rote Balken in der Abbildung) dem verteilungsneutralen Lohnerhöhungsspielraum (alle grün eingezeichneten Balken und Linien) gegenüberstellt. Verteilungsneutral und konjunkturpolitisch sinnvoll, da sie die Nachfrage verstetigen würde, wäre eine für alle Branchen gültige Stundenlohnerhöhung, die aus dem Wachstumstrend der Produktivität plus der 2%-Zielrate der EZB besteht.



Es lässt sich darüber diskutieren, welcher Zeitraum der Produktivitätsberechnung zugrunde gelegt werden soll, zumal in Lohnverhandlungen ja antizipiert werden muss, inwieweit sich ein Trend aus der Vergangenheit in der Zukunft fortsetzt, abschwächt oder steigert. Um diese Überlegung zu illustrieren, haben wir drei verschiedene Wachstumsraten für die Stundenproduktivität berechnet: Zum einen die, die sich tatsächlich zwischen 1999, dem Jahr des Beginns der EWU und damit des Festschreibens der Wechselkurse zwischen den EWU-Teilnehmerländern, und dem Jahr 2012 jahresdurchschnittlich ergeben hat; das waren 1,2%. Zum anderen die Rate, die von 1999 bis 2007, dem Jahr vor der Finanzkrise, im Jahresdurchschnitt erreicht wurde (1,9%). Und drittens die Produktivitätssteigerung, wie sie sich Jahr für Jahr eingestellt hat und die nahelegt, dass es in diesem Jahrzehnt keinen eindeutigen Abwärts- oder Aufwärtstrend bei der Produktivität gegeben hat.

Die Produktivitätszuwächse jeweils erhöht um die 2%-Zielrate der EZB ergeben einmal die waagrechte gestrichelte grüne Linie mit 3,2% (auf Basis des jahresdurchschnittlichen Produktivitätszuwachses 1999-2012), dann darüber die durchgezogene Linie mit 3,9% (auf Basis des jahresdurchschnittlichen Produktivitätszuwachses 1999-2007) und das mit grünen Balken dargestellte jährliche Auf und Ab.

Man erkennt anhand der Grafik, dass seit Beginn der Währungsunion der verteilungsneutrale Lohnerhöhungsspielraum berechnet mittels des langen Zeitraums (1999-2012) nur in zwei Jahren (2000 und 2012) ausgeschöpft und nur in einem einzigen Jahr, dem Krisenjahr 2009 mit seinen Kurzarbeitergeldzahlungen, von der tatsächlichen Entwicklung der Stundenlöhne übertroffen wurde, und das auch nur geringfügig, nämlich um 0,3 Prozentpunkte. In allen anderen Jahren – das sind immerhin mehr als Dreiviertel des betrachteten Zeitraums – lagen die Zuwächse der Arbeitseinkommen darunter. Die Nominallöhne stiegen im Durchschnitt um knapp 1,9% jährlich, also fast  $1\frac{1}{2}$  Prozentpunkte weniger, als es der verteilungsneutrale Lohnerhöhungsspielraum zugelassen hätte.

Legt man das durchschnittliche Produktivitätswachstum zwischen 1999 und 2007 zugrunde, sind die nominalen Stundenlöhne sogar um ganze 2 Prozentpunkte jährlich hinter ihren verteilungsneutralen Möglichkeiten zurückgeblieben: Die durchgezogene grüne Linie wird von den roten Balken in keinem Jahr auch nur annähernd gestreift. Das Heranziehen des kürzeren Zeitraums ohne Finanzkrise zur Produktivitätsberechnung kann man nicht einfach als Rosinenpickerei von der Hand weisen. Das Überschwappen der amerikanischen Finanzkrise nach Deutschland steht nämlich in Verbindung mit den lohningduzierten deutschen Exportüberschüssen. Diese Überschüsse stellen ja Kredite ans Ausland dar, nicht zuletzt an die USA. So fanden auch viele der dubiosen "Wert"papiere aus den USA den Weg nach hier. Sie schienen den Anlegern auch deshalb attraktiv, weil die Perspektive für Anlagemöglichkeiten im Inland nicht sehr rosig war. Denn das Lohndumping knebelte die inländische Nachfrage und dadurch die Kapazitätsauslastung so, dass Sachinvestoren wenig Anlass hatten, Kredite für Sachinvestitionen nachzufragen. Wohin also sollten die Finanzanleger ihr Geld stecken?

Wäre die inländische Nachfrage dank höher ausfallender Lohnabschlüsse stärker gewachsen, hätten sich die Übertragungswege der amerikanischen Finanzkrise in engeren Grenzen gehalten. Außerdem wäre der deutsche Exportüberschuss wegen einer vernünftigeren gesamtwirtschaftlichen Preisentwicklung kleiner gewesen und folglich die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von der ausländischen Konjunktur nicht so groß. Das hätte den durch die Finanzkrise ausgelösten real-

wirtschaftlichen Einbruch 2009 geringer ausfallen lassen und somit auch den damaligen Rückgang der Produktivität. Obendrein steht zu vermuten, dass ein kräftigeres inländisches Standbein die Produktivität dank höherer inländischer Sachinvestitionen schon in den Jahren bis 2007 stärker hätte zulegen lassen, als es unter den Umständen des Lohndumpings der Fall war. Zieht man also den durchschnittlichen Produktivitätszuwachs der Jahre 1999 bis 2007 im Nachhinein als Maßstab heran, liegt man nicht einmal notwendigerweise am oberen Ende dessen, was zwischen 1999 und heute möglich gewesen wäre.

Fazit: Die deutsche Lohnpolitik der vergangenen 14 Jahre ist völlig einseitig und massiv zu Lasten der Arbeitnehmer ausgefallen. Dem Abbau der Arbeitslosigkeit hat sie nur sehr bedingt und mit vorwiegend schlecht bezahlten Jobs gedient. Sie hat dabei auf steigende Handelsüberschüsse und damit den Export von Arbeitslosigkeit gesetzt. Die Nachhaltigkeit der auf diesem Wege gewonnenen Arbeitsplätze ist nicht gegeben, wie die Eurokrise nur allzu klar zeigt. Das ist eine bittere Erkenntnis für jeden Arbeitnehmer und erst recht für jeden Gewerkschafter. Aber diese Erkenntnis ist auch die Ausgangsbasis, eine Änderung dieses fatalen Kurses der Lohnpolitik mit größtem Nachdruck einzufordern. Konkret geht es in erster Linie um die Steigerungsrate des nominalen Stundenlohns für alle Wirtschaftsbereiche und das absolute Lohnniveau im Niedriglohnsektor. In diesem Beitrag beschäftige ich mich mit der Steigerungsrate des Stundenlohns. Das Lohnniveau im Niedriglohnsektor bleibt der Erörterung in einem späteren Beitrag vorbehalten.

Den zu Beginn dieser Beitragsserie zitierten Lohnempfehlungen des Mitglieds des Sachverständigenrats Peter Bofinger, die Stundenlöhne hierzulande um 5% zu steigern, ist vollkommen zuzustimmen. Diese Zahl setzt sich zusammen aus dem mindestens zu erwartenden trendmäßigen Produktivitätszuwachs von 1,5% plus der 2%-Zielrate der EZB plus einer Eurokrisen-Lösungskomponente von 1,5%. Die erste dieser drei Größen wurde oben bereits diskutiert, die zweite wurde in den beiden vorausgegangenen Beiträgen begründet. Die dritte Größe stellt die Antwort auf die gewonnenen Erkenntnisse dar: Die deutschen Lohnstückkosten und damit das deutsche Preisniveau müssen dem der EWU-Partnerländer entgegnet werden, um die Ursache der Währungskrise zu beseitigen.

Da der Abstand der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkostenniveaus innerhalb der EWU zwischen dem billigsten Land (Deutschland) und den südeuropäischen Ländern Italien, Spanien, Portugal und Griechenland derzeit rund 20 % und sogar einschließlich Frankreich noch knapp 20 % beträgt, ist es mit einer einmaligen Lohnsteigerung in der genannten Größenordnung nicht getan. Diese Lohnpolitik muss über mehrere Jahre durchgehalten werden. Denn 5% Lohnsteigerung hierzulande reduziert den Abstand um höchstens 3,5 Prozentpunkte, wenn nämlich die Krisenländer durchschnittlich eine Preissteigerung von Null bewerkstelligen, was wegen der damit verbundenen Deflationsgefahr nicht wünschenswert ist.

Alles darunter, also Senkung des Preisniveaus und damit offene Deflation in den Krisenländern, kommt einer binnenwirtschaftlichen Katastrophe gleich, wie man sie in Griechenland und Spanien bereits beobachten kann. Dort sind die Lohnstückkosten inzwischen um ungefähr 10 bzw. 6 Prozent gegenüber ihrem Höchststand im Jahr 2009 gefallen, und zwar auf Betreiben der Troika (EU-Kommission, EZB, IWF), die die Kürzung von Löhnen, Gehältern, Mindestlöhnen, Renten, Arbeitslosen- sowie Sozialhilfetransfers etc. zur Bedingung für Kredite an die öffentlichen Haushalte der Krisenstaaten ge-

macht hat. Der daraus resultierende Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage hat die Arbeitslosigkeit, vor allem die Jugendarbeitslosigkeit in den betroffenen Staaten in die Höhe schnellen lassen. Sie nun mit irgendwelchen Hilfs-, Struktur- und Investitionsprogrammen von Seiten der EU bekämpfen zu wollen, noch dazu mit großenteils nur umgeschichteten Mitteln, ohne die Ursache der Misere, die Deflation, abzustellen, ist widersinnig – das heißt öffentliche Gelder in ein Fass schütten, dessen Boden man zuvor kräftig durchlöchert hat. Geradezu fahrlässig ist es aber, die Deflationstrategie auch noch zu loben (vgl. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank November 2012, Seite 22-27). Ein Land in diesem Weg zu bestärken heißt, seine politische Stabilität mit aushöhlen zu helfen.

Denn das raschere Aufholen in Sachen internationaler Wettbewerbsfähigkeit, das mit einer Deflation erkaufte wird, richtet einen nicht wieder gut zu machenden binnenwirtschaftlichen Schaden an: Bis man auf den internationalen Märkten preislich wieder mithalten kann, sind große Teile der Bevölkerung zu Hause entweder schon ausgewandert oder verhungert. Oder sie haben eine Revolution gestartet, die alles, was an den Euro, den Freihandel, ja möglicherweise an Europa und die Marktwirtschaft überhaupt erinnert, hinwegfegt.

Wirtschaftlich gangbar und daher politisch durchzuhalten wäre es, mit der Lohnpolitik in den Krisenländern eine Lohnstückkosten- und damit Preissteigerung von 1% anzustreben. Das hieße aber, die Lohnstückkostenlücke zwischen Deutschland und den Krisenstaaten ginge bei besagter deutscher 5%-Stundenlohn-Strategie jährlich nur um 2,5 Prozentpunkte zurück. Dann dauerte es ungefähr 8 Jahre, bis die Lücke komplett geschlossen ist. Sie muss aber komplett geschlossen werden, um wenigstens einen ausgeglichenen Handel der Euro-Staaten untereinander und auf Drittmärkten wieder zu ermöglichen. An ein Rückzahlen der bereits vorhandenen und bis zum Ende des Anpassungsprozesses noch zusätzlich anfallenden Auslandsschulden der Krisenstaaten ist damit aber noch nicht zu denken. Rückzahlen der Schulden heißt, Leistungsbilanzüberschüsse mit den Gläubigerstaaten zu realisieren. Das wird erst möglich sein, wenn die Schuldnerländer mit ihrem Lohnstückkostenniveau hinter dem deutschen zurückbleiben, so dass sie Marktanteilsgewinne verbuchen können.

Und damit kommen wir sozusagen zum Pferdefuß dieser auf EWU-weiter Kooperation beruhenden Anpassungsstrategie: Weil sie zur Sanierung der Handelsverhältnisse ungefähr so viel Zeit beansprucht, wie vergangen ist, um die EWU in die gegenwärtige Schiefelage zu manövrieren, bedarf diese Strategie der Einsicht in die Funktionsbedingungen einer Währungsunion und eines langen Atems aller Beteiligten: vorneweg der Gewerkschaften und der Bevölkerung in den Krisenstaaten, die wieder Vertrauen in die wirtschaftspolitische Führung ihrer Länder und der europäischen Institutionen gewinnen müssen, um sich auf diesen Weg einzulassen, um stabile Regierungen zu wählen und ihr Geld nicht außer Landes zu schaffen. Auch ist Vertrauen in die deutschen Tarifparteien, insbesondere die deutschen Gewerkschaften erforderlich: Wenn die sich nicht auf einen Lohnstückkostenanstieg oberhalb des Kurses der Krisenländern für einen mehrjährigen Zeitraum einlassen, geht das Konzept nicht auf.

Zudem verlangt diese Strategie der EZB ein hohes Maß an Vertrauen in die Durchhaltefähigkeit der europäischen Gewerkschaften in Hinblick auf die skizzierte lohnpolitische Kooperation ab. Denn die EZB muss die Finanzierung der Defizitländer während des Anpassungszeitraums ohne Wenn und

Aber garantieren. Nur bei verlässlicher Finanzierung der Staaten nämlich kann die öffentliche Infrastruktur – Schulen, Gesundheits-, Rentensystem, öffentliche Verwaltung, Verkehrssystem etc. – so aufrecht erhalten werden, dass ein privates Wirtschaften in den Krisenländern überhaupt vernünftig möglich ist. Ohne funktionierende Privatwirtschaft gibt es umgekehrt keine ausreichenden Steuereinnahmen. Die sind aber essentiell für die EZB als Rückversicherung, dass die Krisenländer eines Tages wieder finanziell auf eigenen Beinen stehen können und an die Rückzahlung von öffentlichen Schulden überhaupt zu denken ist. Halten die Gewerkschaften nicht durch, bricht der Anpassungsprozess ab und bleibt die EZB auf den den Staaten gewährten Krediten sitzen. Denn ohne einen vollständigen Ausgleich der Lohnstückkostenniveaus beginnen die Handelsungleichgewichte wieder von vorn.

Auch umgekehrt wäre ein hohes Maß an Vertrauen nötig: Die Gewerkschaften müssten der EZB vertrauen, dass sie die Finanzierung der Krisenstaaten nicht zu früh, d.h. vor Ende des Anpassungsprozesses, einstellt und dass sie langfristig eine Zinspolitik betreibt, die die Sachinvestitionen und damit den Aufbau von Arbeitsplätzen fördert. Dazu gehört, dass die EZB eine im Vergleich zu ihrer Zielrate höhere Inflationsrate in Deutschland akzeptiert, selbst wenn von deutscher Seite deshalb eine härtere Gangart bei der Zinspolitik gefordert würde. Zusätzlich müssten sich die Gewerkschaften darauf verlassen können, dass ihre Bemühungen, Deflation zu vermeiden, nicht von der Fiskalpolitik torpediert werden. Das ist aber wegen der allseits für notwendig erachteten Schuldenbremsen so gut wie ausgeschlossen.

Mit anderen Worten: Das für die Kooperationslösung notwendige Verständnis für die Funktionsbedingungen einer Währungsunion und das gegenseitige Vertrauen der wirtschaftspolitischen Akteure bestehen derzeit nicht. Deshalb ist es sehr unwahrscheinlich, dass die kooperative Lösung eine Chance auf Realisierung hat, obwohl sie die einzige ist, die dauerhaften Erfolg für den Erhalt der Eurozone unter friedlichen Bedingungen verspricht. Leider viel wahrscheinlicher ist eine weitere Zuspitzung des Konflikts zwischen den verschiedenen wirtschaftspolitischen Akteuren, die die Eurokrise noch verschärfen wird.

Aber es soll nichts unversucht bleiben, die heranrollende Katastrophe durch Aufklärung doch noch zu verhindern. Denn dass auch die deutsche Wirtschaft, insbesondere die Exportbranche, von einer Zuspitzung der Eurokrise massiv betroffen sein wird, liegt auf der Hand. Wer an dem Ast sägt, auf dem er sitzt, tut das normalerweise aus Unkenntnis. Was die deutschen Tarifpartner noch wissen sollten, um die Bedeutung der unterschiedlichen Wege der Lohnpolitik für die Entwicklung der Krise und ihre Folgen besser einschätzen zu können, die das für sie hat, damit beschäftigt sich der nächste Beitrag in dieser Serie, der in Kürze erscheint.

## Über den Autor



**Friederike Spiecker** ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

---

Veröffentlicht am: 22.03.2013

Erschienen unter: <https://makroskop.eu/2013/03/zur-lohnrunde-2013-teil-3/>